

## Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

## Stand der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon

**Irland** hat Nein gesagt: Am 12. Juni 2008 hat das irische Volk in einem **Referendum** mit einer Mehrheit von 53,4 Prozent die **Ratifizierung des Vertrages von Lissabon abgelehnt**. Der Vertrag von Lissabon soll den Vertrag über die Europäische Union (EUV) in der geltenden Fassung von Nizza ersetzen. Ziel ist, die Europäische Union (EU) nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten handlungsfähiger zu machen. Ein erster Versuch durch die Verabschiedung des Vertrages über eine Verfassung für Europa (VVE) scheiterte aufgrund des negativen Ausgangs der Volksabstimmungen im Jahr 2005 in Frankreich und den Niederlanden.

Der Vertrag von Lissabon soll den Vertrag von Nizza ändern. **Ausdrückliche Vertragsänderungen** bedürfen gemäß Art. 48 EUV (Nizza) der **Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten**. Diese müssen also ihren innerstaatlichen Vorgaben entsprechend zustimmen. Europarechtlich ist nicht determiniert, ob dies parlamentarisch oder im Wege eines Referendums geschieht. Trotz des ersten negativen Referendums könnte Irland die Abstimmung also erneut durchführen, um nach einem positiven Ausgang doch noch eine Ratifizierung herbeizuführen. Mit Ausnahme Irlands erfolgt die **Ratifizierung** des Vertrages von Lissabon in sämtlichen Mitgliedstaaten **durch die nationalen Parlamente**. Frankreich und die Niederlande verzichteten nach den gescheiterten Referenden zum VVE auf eine Volksabstimmung über die Ratifikation des Vertrages von Lissabon. Solange der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft getreten ist, bleibt der **EUV in der Fassung von Nizza die Rechtsgrundlage** der EU.

Gemäß Art. 48 EUV (Nizza) bzw. Art. 6 EUV (Lissabon) ist die Ratifizierung erst vollständig abgeschlossen, wenn die **Ratifikationsurkunden** bei der Italienischen Republik **hinterlegt** wurden.

Trotz der Ablehnung Irlands haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union darauf verständigt, den **Ratifizierungsprozess fortzusetzen**. Dies hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 19. Juni 2008 in einer Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel bekräftigt.

Um **Vertragsänderungen künftig** leichter durchsetzen zu können, wird erwogen, auf die Einstimmigkeit zu verzichten und stattdessen eine qualifizierte Mehrheit ausreichen zu lassen. Eine solche Änderung wäre jedoch wiederum eine Vertragsänderung, die zunächst gemäß Art. 48 EUV (Nizza) ebenfalls durch alle Mitgliedstaaten einstimmig ratifiziert werden müsste.

Quellen:

- [www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation](http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation); [www.ratifizierungsmonitor.eu](http://www.ratifizierungsmonitor.eu).
- Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 19. Juni 2008, BT-Plenarprotokoll 16/169, Seite 17823 (B) ff.; Entschließungsanträge: BT-Drucksachen 16/9633; 16/9634; 16/9635.
- BT-Drucksachen zum Vertrag von Lissabon: 16/8300; 16/8488; 16/8489.
- Bundesverfassungsgericht (Maastricht-Urteil), BVerfGE 89, 155 (182, 187).
- Hölscheidt, Sven; Menzenbach, Steffi, Rechtliche Vorgaben für die Rettung der Verfassung für Europa, Der Aktuelle Begriff, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Nr. 01/07, 8.1.2007.

## Übersicht über den Stand der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon

Mitgliedstaat (in der Reihenfolge der Abstimmung)	Innerstaatliche Ratifizierung abgeschlossen	Voraussichtliche innerstaatliche Ratifizierung
<b>Zustimmung:</b>		
<b>Ungarn</b>	17. Dezember 2007	
<b>Malta</b>	29. Januar 2008	
<b>Slowenien</b>	29. Januar 2008	
<b>Rumänien</b>	4. Februar 2008	
<b>Frankreich</b>	8. Februar 2008	
<b>Bulgarien</b>	21. März 2008	
Polen	2. April 2008 (Unterschrift des Staatspräsidenten steht noch aus)	
<b>Slowakei</b>	10. April 2008	
<b>Portugal</b>	23. April 2008	
<b>Dänemark</b>	24. April 2008	
<b>Österreich</b>	24. April 2008	
<b>Lettland</b>	8. Mai 2008	
<b>Litauen</b>	8. Mai 2008	
Deutschland	23. Mai 2008 (Unterschrift des Bundespräsidenten steht noch aus, Verfassungsbeschwerde anhängig)	
<b>Luxemburg</b>	29. Mai 2008	
<b>Estland</b>	11. Juni 2008	
<b>Finnland</b>	11. Juni 2008	
<b>Griechenland</b>	11. Juni 2008	
<b>Großbritannien</b>	19. Juni 2008	
<b>Ablehnung:</b>		
Irland	12. Juni 2008 (Referendum)	
<b>Übrige Mitgliedstaaten:</b>		
Belgien		Bis Juli 2008
Zypern		3. Juli 2008
Italien		August 2008
Spanien		September 2008
Niederlande		Herbst 2008
Schweden		November 2008
Tschechische Republik		Termin offen (Prüfung durch das Verfassungsgericht)